

# Verteilung der Mittel für die politischen Jugendverbände in Mittelfranken ist undemokratisch und bedarf einer Neubewertung

*Bericht: Uwe Schildbach, Bezirksrat DIE LINKE*

**A**ls undemokratisch, ungerecht und nicht länger hinnehmbar bezeichnet der Bezirksrat der Linken, Uwe Schildbach, die Praxis der finanziellen Unterstützung politischer Jugendverbände in Mittelfranken. Der "Ring politischer Jugend", der die Verteilung staatlicher Fördermittel koordiniert, werde durch die Jugendorganisation der CDU/CSU instrumentalisiert und grenze gezielt aus, statt zu integrieren. Da die Verteilung der Fördergelder für politische Jugendarbeit, die der Bezirk Mittelfranken jährlich zur Verfügung stellt, an eine Mitgliedschaft im "Ring politischer Jugend" gekoppelt ist, sei die Vergabepaxis des Bezirks jedoch Teil des Problems.

Im laufenden Jahr 2010 geht es um eine Summe von 16.400.- Euro Fördergelder, die laut Satzung des „Ring politischer Jugend“ auf die Jugendverbände im Verhältnis der Zahl der Bezirksräte, die die „Mutterparteien“ im Bezirkstag stellten, aufzuteilen sind. Somit stünde laut Sitzverteilung im Mittelfränkischen Bezirkstag der „Linksjugend solid“ ein Zuschussbetrag von knapp 700.- Euro jährlich zu. Eigentlich. Denn die "Junge Union" verweigert dem Jugendverband der Partei DIE LINKE die Mitgliedschaft im „Ring politischer Jugend“ und entzieht ihm damit automatisch die formale Voraussetzung für die Bezuschussung. Mit welchem Recht?

Damit, so Bezirksrat Uwe Schildbach, werde der "Ring politischer Jugend" von einer einzelnen Gruppierung instrumentalisiert, die sich autoritär anmaßt zu bestimmen wer demokratisch ist und wer nicht. „Für mich ist das schlichtweg ein Skandal“, empört sich Schildbach über diese Ungleichbehandlung. Das mache nicht nur das mangelnde Demokratieverständnis des CSU-Nachwuchses deutlich, sondern konterkariere auch die Interessen des Bezirks Mittelfranken. "Die momentane Praxis der Fördergeldvergabe für politische Jugendorganisationen muss auf den Prüfstand", fordert der Bezirksrat, "weil sie undemokratische Tendenzen fördert und politische Gräben vertieft."

## **Jugendverbände der etablierten Parteien müssen Gelder zurückzahlen**

„Während die Linksjugend solid ihre demokratischen Rechte und die finanzielle Gleichstellung vor Gericht erstreiten muss, fehlt es den Jugendverbänden der etablierten Parteien anscheinend an Ideen sinnvoll in politische Bildung zu investieren“, kommentiert Schildbach die Tatsache, dass die Jugendverbände von CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, es zum wiederholten Mal nicht schaffen, die ihnen zugestandenen Gelder auch tatsächlich für politische Bildungsaktivitäten auszugeben. Nun müssen der Bezirksverband der Jungen Union 3154,- €, die Jungen Liberalen 745.- € und die Grüne Jugend 704.- € unverbrauchte Gelder an den Bezirk zurückbezahlen. Beweis für

eine ineffiziente und daher stark verbesserungswürdige Vergabep Praxis von Fördergeldern, die einer Neubewertung durch den Bezirkstag bedarf. Eine Benachteiligung einzelner demokratischer Jugendverbände muss - entsprechend allgemeingültiger demokratischer Standards - künftig ausgeschlossen sein. Für die gerechte Vergabe der Mittel steht der Bezirk in der Verantwortung.

*Pressemitteilung v. 19.7.2010*

*Uwe Schildbach, Bezirksrat*

**Kontakt:**

Uwe Schildbach

Schenkstraße 27

91522 Ansbach

Tel. 0981/86492

Mobil 0172/9093594

[Uwe.Schildbach@web.de](mailto:Uwe.Schildbach@web.de)

[www.die-linke-ansbach.de](http://www.die-linke-ansbach.de)